SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Sicherheitspolitische Herausforderungen nach dem 11. September 2001: aus britischen und französischen Fachzeitschriften, 2. Halbjahr 2002

Luhde, Thorsten; Thiede, Tanja

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Luhde, T., & Thiede, T. (2003). *Sicherheitspolitische Herausforderungen nach dem 11. September 2001: aus britischen und französischen Fachzeitschriften, 2. Halbjahr 2002.* (SWP-Zeitschriftenschau, 03/2003). Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik -SWP- Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-365365

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

SWP-Zeitschriftenschau

Stiftung
Wissenschaft und
Politik

Deutsches Institut
für Internationale
Politik und Sicherheit

Sicherheitspolitische Herausforderungen nach dem 11. September 2001

Aus britischen und französischen Fachzeitschriften, 2. Halbjahr 2002

Thorsten Luhde / Tanja Thiede

Ein Jahr nach den terroristischen Anschlägen auf die USA wird in britischen und französischen Fachzeitschriften eine intensive Diskussion über Gründe und Konsequenzen der erkennbar gewordenen transatlantischen Divergenzen geführt. Viele Beiträge präsentieren strategische Überlegungen zur Frage der europäischen Handlungsfähigkeit in der Sicherheitspolitik und setzen sich mit bündnispolitischen Fragen auseinander.

Pierre Hassner, Professor am Institut d'études politiques de Paris, kommt in einem Interview mit der Zeitschrift *Esprit* unter anderem auf das Selbstverständnis der USA als »Empire« zu sprechen, ein Begriff, der sich auf zweierlei Weise deuten lasse. Auf der einen Seite sieht Hassner ein unilateral auftretendes Empire »à la Hobbes«, das mit präventiver Kriegführung auf asymmetrische Bedrohungen antwortet. Dieser Typus laufe letztlich Gefahr, faschistische und militaristische Züge zu entwickeln und den Fanatismus seiner Gegner zu übernehmen. Dem stellt er unter Berufung auf Joseph Nye das Modell einer Weltvormacht gegenüber, die einen kooperativen Ordnungsrahmen bereitstellt.

Nach Hassners Einschätzung tendierten die USA zu uneingeschränkter Mobilisierung gegen Feindbilder wie den Kommunismus oder gegenwärtig den Terrorismus und hätten die Neigung, ihre Alliierten im Kampf gegen diese Feinde ohne Rücksicht auf liberale Ideale auszuwählen. Im Mittleren Osten verfolgten amerikanische Neo-Imperialisten das Ziel, den arabischen Staaten durch das Mittel des Krieges die Demokratie zu oktroyieren. Dabei würden sie Phänomene wie Nationalismus und die Folgewirkungen von Demütigung oder auch Rachsucht unterschätzen. Entsprechend sei eine militärische Durchsetzung des amerikanischen Anliegens zum Scheitern verurteilt.

Ein Empire müsse zwar die Bereitschaft zur Befriedung der Welt aufbringen, könne diese Mission aber nur erfüllen, wenn seine Vormacht als legitim wahrgenommen werde. Hierzu müsse es sich um die kollektiven Güter Prosperität, Sicherheit sowie ein Mindestmaß an Umweltschutz bemühen, was besser durch die Orientierung am zweiten, konsensual ausgerichteten Verständnis des Begriffs »Empire« erreicht

werden könne. Angesichts einer sich imperialer und nationalistischer denn je gebärdenden US-Administration, die beispielsweise die Ablehnung des Kyoto-Protokolls mit dem Primat der wirtschaftlichen Interessen der US-Bürger begründe, sei letzteres jedoch kaum zu erwarten.

Mit spezifischen transatlantischen Unterschieden in der Wahrnehmung des Internationalen Strafgerichtshofs beschäftigt sich, ebenfalls in *Esprit*, **Antoine Garapon**, Generalsekretär des Institut des hautes études sur la justice. Er weist auf die Fragilität der Position der Europäer hin, die nicht die notwendige Durchsetzungskraft besäßen, um das neue Gericht handlungsfähig zu machen. Die USA, die Einmischungen in ihr Rechtssystem noch nie geschätzt hätten, hegten vor allem demokratietheoretische Vorbehalte gegen den Strafgerichtshof. Außerdem habe die einzige verbliebene Supermacht kein Interesse an einer derartigen Kontrollinstanz.

Die Europäer sollten die USA dabei unterstützen, Staaten zur Verantwortung zu ziehen, die terroristische Aktivitäten auf ihrem Territorium dulden. Hingegen sei die europäische Seite in der Identifizierung und Analyse terroristischer Personen und Organisationen nuancierter als die amerikanische, da sie nicht nur gewaltförmige Aktionen, sondern auch die jeweiligen Motive und den politischen Kontext in die Bewertung einbeziehe.

Zukunft der NATO und der ESVP

David G. Haglund, Professor für Politikwissenschaft an der Queen's University in Kingston, Ontario, stellt in der Herbst-Ausgabe der *Revue internationale et stratégique* die Frage nach der Relevanz der NATO für die künftige Außenpolitik der USA. Haglund unterscheidet drei amerikanische Denkschulen: eine erste Schule, die für eine möglichst weitgehende Trennung von den europäischen Alliierten plädiere, damit allerdings nur wenig Resonanz finde; weiterhin und einflußreicher die sogenannte »kanadische Schule« und die »globalistische Schule«. Die Vertreter der »kanadischen Schule« sähen die Stabilisierung der jungen Demokratien in Mittel- und Osteuropa als zentrale Aufgabe des Nordatlantik-Paktes. Sie betonten, das Bündnis habe eher politischen als militärischen Charakter. Militärisch müsse sich die NATO stärker europäisieren, damit die europäische Seite in die Lage versetzt werde, aus eigener Kraft für Sicherheit an ihrer Peripherie zu sorgen. Die »Globalisten« hingegen forderten die Verstärkung der militärischen Fähigkeiten der Allianz und einen unbeschränkten Einsatzradius. Der NATO-Gipfel von Prag gilt den »Globalisten« als letzte Chance für die Europäer, ihren Willen zu nationalen militärischen Anstrengungen und zur Unterstützung der USA im Kampf gegen den Terrorismus unter Beweis zu stellen.

Haglund erwartet angesichts derartig weitreichender Ansprüche eher Enttäuschungen und sagt der NATO die Zukunft einer Art »OSZE mit militärischen Mitteln« voraus, die von den Europäern als alternatives Integrationsinstrument genutzt werden könne. So würde man Staaten, bevor sie die Kriterien einer EU-Mitgliedschaft erfüllten, zunächst in die NATO aufnehmen können, um sie auf diesem Wege zu stabilisieren.

Die Herbst-Ausgabe der noch relativ jungen Zeitschrift *Politique européenne* befaßt sich mit dem Thema der europäischen Verteidigung. **Jolyon Howorth**, Professor an der University of Bath, verbindet die Erörterung der Charakteristika einer künftigen EU mit einheitlicher Sicherheits- und Verteidigungspolitik mit der weiterreichenden Frage, welche Herausforderungen auf dem Weg dorthin bewältigt werden müssen. Möglicherweise seien diese sogar größer als in der Entstehungsphase der Gemeinschaft. Der Autor zeigt zahlreiche Gegensätze auf zwischen NATO-Mitgliedern und Neutralen, Atlantikern und Pan-Europäern, kleinen und großen Staaten, Waffenproduzenten und -konsumenten, Nuklear- und Nicht-Nuklearstaaten, Befürwortern von Macht-

projektion oder von territorialer Verteidigung sowie zwischen Anhängern militärischer und ziviler Instrumente des Krisenmanagements. Die Union durchlaufe einen konstruktiven Prozeß der Konfrontation unterschiedlicher kultureller Ansätze, aus dem ein spezifisches Modell von EU-Sicherheitspolitik hervorgehen könne. Ob der Prozeß einen solch positiven Verlauf nehme, müsse aber noch abgewartet werden.

Dem Engagement der allianzfreien Staaten Finnland und Schweden sei es zu verdanken, daß der EU durch die Einbeziehung ziviler Aspekte des Krisenmanagements bereits heute in diesem Bereich ein umfassendes Instrumentarium zur Verfügung stehe. Eine Mehrheit der Mitgliedstaaten zeige sich auch von der Notwendigkeit einer neuen transatlantischen Aufgabenteilung überzeugt. Danach müsse die EU beweisen, daß sie fähig ist, Führungsaufgaben im regionalen Krisenmanagement zu übernehmen. Ein Erfolg des Projekts einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) müsse letztlich zu einer neuen Form von Transgouvernementalismus führen, die dann wiederum eine verstärkte Kooperation zwischen Ministerrat, Kommission und Parlament ermögliche.

Anand Menon, Direktor des European Research Institute an der University of Birmingham, schlägt einen pessimistischeren Ton an. Er sieht in der Entwicklung der ESVP eher eine Schwächung denn eine Stärkung der Fähigkeit Europas, Sicherheitsbedrohungen wirksam zu begegnen. Vier Probleme seien zu beachten: 1. das Risiko einer Verschlechterung des transatlantischen Verhältnisses; 2. die Möglichkeit, daß die EU zu effektivem Handeln im militärischen Bereich nicht in der Lage sei; 3. daß man durch strukturelle und prozedurale Fragen vom zentralen Problem, dem Mangel an militärischen Ressourcen, ablenke; 4. daß eine effektivere Partnerschaft zwischen NATO und EU erschwert werde. Indes könne die EU indirekt auf eine Europäisierung der NATO hinwirken, zumal die USA ein Interesse daran hätten, ihre europäischen Partner in diesem Kooperationsrahmen zu halten. Es liege also in der Verantwortlichkeit der USA, den Europäern vorteilhafte Konditionen innerhalb der NATO zu bieten, damit ein Maximum an gemeinsamer Effektivität erreicht werden könne.

Hervé Dumez und **Alain Jeunemaître**, Direktoren am Centre National de la Recherche Scientifique (CNRS), befassen sich in ihrem Artikel mit der Machbarkeit und Wünschbarkeit verschiedener Modelle der Rüstungskooperation. Zentrale Probleme identifizieren sie bei Rüstungsexporten außerhalb sowie mangelnder Konkurrenz und damit suboptimaler Innovation innerhalb des transatlantischen Raumes.

Eine Stärkung des transatlantischen Marktes und eine Koordinierung der Nachfrage seien die einzigen Möglichkeiten, Exporte in den Rest der Welt zu vermeiden, die militärisch gefährlich und zudem wirtschaftlich wenig profitabel seien. Demgegenüber führe die derzeitige amerikanische Praxis zu einer Rüstung potentieller Gegner und zu einer Verstärkung der eigenen Rüstungsanstrengungen. Um das aktuelle Technologieniveau finanzieren zu können, müsse man die Stückzahlen steigern und deshalb exportieren. Dadurch wiederum sei man gezwungen, neue Generationen von Militärtechnologie zu entwickeln, um gegenüber den Empfängerländern im Vorteil zu bleiben.

In der Herbstausgabe von *European Security* thematisiert **Richard Youngs**, Wissenschaftler im ESVP-Demokratie-Projekt der EU, zum einen das Fehlen einer Strategie für die ESVP und zum anderen den Einfluß der ESVP auf die Ansätze der EU zur zivilen Konfliktprävention und -bewältigung. Aus Sicht des Autors sind Befürchtungen unbegründet, daß die ESVP die Instrumente der zivilen Konfliktbewältigung, zum Beispiel durch Verlagerung der Ressourcen, verdrängen werde. Bisher sei die Fähigkeit der ESVP zur Machtprojektion jedenfalls gering geblieben. Neben dem verzögerten Aufbau der Euro-

päischen Schnellen Eingreiftruppe, Finanzierungsproblemen und mangelnder Kooperation in der Rüstungsindustrie sei ein eklatanter Mangel an systematischen Überlegungen zu verzeichnen, wann und für welche Zwecke der Einsatz der ESVP-Instrumente angemessen sei.

Julian Lindley-French, Senior Research Fellow am European Institute for Security Studies in Paris, identifiziert in *International Affairs* eine Konfusion von realistisch und idealistisch geprägten Strategien als Ursache für die Probleme der ESVP. Ausgehend von einer historischen Analyse der sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen in Europa entwickelt der Autor drei grundlegende Erfordernisse einer aus seiner Sicht adäquaten europäischen Strategie: Zum einen müßten die Mitgliedstaaten der EU die Bereitschaft entwickeln, Souveränitätsrechte im Bereich Sicherheitspolitik aufzugeben. Zum anderen müsse eine Führung durch Deutschland, Frankreich und Großbritannien akzeptiert werden. Schließlich müsse mehr in die Streitkräfte investiert werden, um Schutz und Glaubwürdigkeit zu gewährleisten.

Die öffentliche Meinung in Europa und den USA

Eine Auswertung von Meinungsumfragen in europäischen Staaten und den USA zu den Themen ESVP, transatlantisches Verhältnis und eine mögliche militärische Intervention im Irak präsentieren **Philip Everts**, Direktor des Instituts für Internationale Studien der Universität Leiden, und **Richard Sinnott**, Professor am University College in Dublin. In den Mitgliedstaaten der EU unterstützten durchschnittlich 71 Prozent der Befragten die ESVP in ihrer jetzigen Form. Allerdings seien nur knappe Mehrheiten in Großbritannien und den allianzfreien Staaten Schweden, Finnland und Irland zustande gekommen. Für einen supranationalen Entscheidungsmechanismus plädierten lediglich 51 Prozent, wobei der Abstand zu den Schlußlichtern Schweden und Finnland mit jeweils 9 Prozent deutlich sei.

In bezug auf das transatlantische Verhältnis könnten zwei Pole unter den großen EU-Mitgliedstaaten ausgemacht werden: In Deutschland und Großbritannien fänden die beiden Optionen des Erhalts einer engen transatlantischen Bindung und einer größeren Unabhängigkeit der Europäer gleichstarke Unterstützung. In Frankreich und Italien votiere hingegen eine deutliche Mehrheit für eine ausgeprägtere europäische Unabhängigkeit.

In den USA sei die Bevölkerung beunruhigt über die Risiken einer möglichen Intervention im Irak. Zwar unterstützten 69 Prozent eine Militäraktion prinzipiell, doch hätten die Faktoren Legitimität, Interventionsinteresse und vor allem Verlustrisiken deutlichen Einfluß auf den Grad der Unterstützung. In Europa sei der Glaube an die Weisheit der derzeitigen US-Politik geringer ausgeprägt. Doch könne bei Vorliegen eines UN-Mandates, gekoppelt mit dem Beweis der Existenz irakischer Massenvernichtungswaffen, in einer Mehrheit von europäischen Staaten (mit Ausnahme Deutschlands) mit der Unterstützung der Öffentlichkeit gerechnet werden.

Formen ziviler Konfliktbewältigung

In der Herbstausgabe von *Survival* sind zwei Artikel erschienen, die sich mit verschiedenen Formen von Konfliktbewältigung und -prävention auseinandersetzen.

Simon Chesterman, wissenschaftlicher Mitarbeiter der International Peace Academy und Leiter des Program on Transitional Administrations, stellt den sogenannten *Light Footprint*-Ansatz von Lakhdar Brahimi, dem UN-Sonderbeauftragten für Afghanistan, als bisher selten angewandtes Verfahren der zivilen Konfliktbewältigung vor. Dieser Ansatz setzt auf eine zurückhaltende Rolle und Präsenz der UN und der Geberländer beim Aufbau eines neuen Staatswesens in Afghanistan. Seit Beginn des Friedensprozesses werde eine starke

Beteiligung von afghanischen Führern an der Regierungstätigkeit angestrebt. Ein weiteres Element sei die Preisgabe der strikten Trennung zwischen Formulierung und Implementierung eines Friedenskonzepts.

Für die Entwicklungspolitik habe der *Light Footprint*-Ansatz weitreichende Folgen. Nur nachhaltige Entwicklungsprojekte, die tatsächlich strukturelle Anpassungsprozesse in Gang setzten, sollten verwirklicht werden, um eine dauerhafte Abhängigkeit von internationalen Hilfsleistungen zu vermeiden. Damit diese Projekte eine stabilisierende Wirkung auf die Übergangsverwaltung entfalten könnten, würden UN und Geberländer darauf verzichten, sich durch Projekte zu profilieren.

Jonathan M. Winer, ehemals U.S. Deputy Assistant Secretary of State for International Law Enforcement, und **Trifin J. Roule**, Mitherausgeber des *Journal of Money-Laundering Control* und derzeit Projektmanager einer von der US-Regierung durchgeführten Studie zu Geldwäsche, stellen dar, welche Möglichkeiten Terroristen zur Finanzierung ihrer Aktivitäten haben, und erläutern die seit dem 11. September auf internationaler und nationaler Ebene getroffenen Gegenmaßnahmen. Problematisch sei trotz guter Ansätze unter anderem, daß die Implementierung der geschaffenen gesetzlichen Grundlagen schwierig sei. Auch erschwere die deregulierte Struktur des internationalen Finanzmarktes polizeiliche Ermittlungen. Besonders gravierend wirke sich jedoch aus, daß in einigen Regionen wie dem Mittleren Osten, Südasien, dem größten Teil Afrikas, in China und einem großen Teil des muslimischen Südostasien, einschließlich Indonesiens und Malaysias, bisher nur geringe Fortschritte in der Harmonisierung von Gesetzen gegen Geldwäsche und Terrorismus-Finanzierung erzielt worden seien.

Ursachen und Elemente transatlantischer Differenzen

Colin S. Gray, European Director am National Institute for Public Policy in Fairfax, betrachtet in der Zeitschrift *Comparative Strategy* die europäisch-amerikanischen Differenzen über das Projekt eines gemeinsamen Systems der Raketenabwehr aus einer in der bisherigen Diskussion wenig beachteten Perspektive. Diesen Differenzen lägen unterschiedliche Weltbilder zugrunde. Die Europäer seien aufgrund ihrer Geschichte äußere Unsicherheit und Verletzlichkeit gewohnt. Die USA seien dagegen aufgrund ihrer geographischen Situation in der vorteilhaften Lage gewesen, selbst entscheiden zu können, wann, wo und in welchem Ausmaß sie sich militärisch in der Welt engagieren. Die fast vollständige Abwesenheit militärischer Konflikte auf amerikanischem Boden habe zudem zu einem von europäischer Seite nur schwer nachvollziehbaren *Anspruch* auf Sicherheit geführt. Die traumatische Erfahrung des 11. September, verknüpft mit dem amerikanischen Glauben an die grundsätzliche Lösbarkeit jedes Problems, habe eine Wiederbelebung und gleichzeitig Intensivierung der Diskussion über eine Ballistische Raketenabwehr (*ballistic missile defense*) ausgelöst. Die divergierenden Weltbilder und nicht etwa unterschiedliche Bedrohungswahrnehmungen seien ausschlaggebend für die abweichenden Positionen zur Raketenabwehr.

Robert S. Litwak, Direktor für Internationale Studien am Woodrow Wilson International Center for Scholars, trägt mit seinem Aufsatz in der Winter-Ausgabe von *Survival* zur Klärung des Konzepts der *Preemption* und seiner Bedeutung in der *National Security Strategy* der USA bei. Aus einer vergleichenden Analyse der wenigen historischen Beispiele für präemptives Handeln zieht er unter anderem den Schluß, daß der präemptive Einsatz militärischer Gewalt überaus problematisch sei, weil häufig mit dem Ausbruch eines allgemeinen Krieges gerechnet werden müsse,

Geheimdienstinformationen unsicher seien und möglicherweise inakzeptable Verluste unter der Bevölkerung drohten.

Erfolgreiche Präventionsmaßnahmen würden präemptives Handeln überflüssig machen. Zu denken sei etwa an Maßnahmen zur Nichtverbreitung, die multilaterale Verträge, Exportkontrollen oder wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen umfassen könnten. Die ambivalente Haltung der Bush-Administration zu diesen Maßnahmen verstärke in Europa die Wahrnehmung, daß *non-proliferation* und *counter-proliferation* als alternativ und nicht als komplementär zu betrachten seien.

Zudem müßten im Rahmen des Völkerrechts Regeln definiert werden, die den Einsatz militärischer Gewalt unter bestimmten Umständen erlaubten, unter anderen jedoch nicht. Ein sicherheitspolitischer Dialog zwischen den USA und anderen Staaten sowie die Bestimmung von Kriterien zur Feststellung einer unmittelbaren militärischen Bedrohung könnten Schritte in die richtige Richtung sein.

In derselben *Survival*-Ausgabe werden die Beiträge von drei renommierten Wissenschaftlern im Rahmen der ersten Global Strategy Review des International Institute for Strategic Studies (IISS) veröffentlicht. Darin bewerten sie die Aussichten für eine gemeinsame *Grand Strategy* gegen den Terrorismus und die Risiken weiterer sicherheitspolitischer Gefahren für den Westen.

Robert Kagan, Senior Assiociate der Carnegie-Stiftung in Washington, gelangt beim Vergleich der amerikanischen *Grand Strategy* mit der europäischen *Global Grand Strategy* zu einer pessimistischen Bewertung der Chancen für eine gemeinsame Strategie. Sie sei unter anderem angesichts unterschiedlicher Grundvorstellungen von internationaler Staatenordnung eher unwahrscheinlich: Europa gehe von einer Gleichheit aller Staaten aus, Amerikas Vorstellungen seien eher mit nationalistischen Konnotationen verbunden.

Christoph Bertram, Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik, sieht den Unilateralismus der USA nicht selten verursacht durch mangelnde Ambitionen der Europäer, die eigenen Interessen zu vertreten. Problematisch sei aber, daß der amerikanische Ansatz einer *Grand Strategy* aufgrund mangelnder Ressourcen in den USA und aufgrund der veränderten Erfordernisse einer globalisierten Welt nicht funktionieren werde. Auch wenn der Einsatz militärischer Gewalt nicht kategorisch ausgeschlossen werden sollte, würden im Horizont globalisierter Sicherheit Strategien der Kooperation und Integration sowie ein Sicherheitsverständnis benötigt, das Abschreckung, Eindämmung, internationale Gesetzgebung und Rüstungskontrolle einbeziehe. Dieser eher europäisch geprägte Ansatz könne nur verwirklicht werden, wenn die Europäer lernten, Verantwortung für das Weltgeschehen zu übernehmen.

François Heisbourg, Vorsitzender des IISS-Rates und Direktor der französischen Stiftung für strategische Studien, argumentiert entgegen der herrschenden Meinung, daß sehr wohl strukturelle Ähnlichkeiten zwischen den sicherheitspolitischen Herausforderungen des Kalten Krieges und jenen des internationalen Terrorismus bestünden. In beiden Fällen werde ein Kampf um Werte ausgetragen. Der Konflikt zwischen langfristigen und kurzfristigen Zielen sei im Kampf gegen den Terrorismus sogar eher noch schärfer ausgeprägt als im Kalten Krieg. Gegen die akute Gefahr eines Einsatzes von Massenvernichtungswaffen helfe weder Abschreckung noch Eindämmung. Und langfristig könne der Kampf nicht gewonnen werden, wenn es kein multilaterales Streben nach Verbreitung demokratischer Werte gebe. Der Autor hält eine gemeinsame *Grand Strategy* des Westens für möglich, wenn auf die Verwendung von Stereotypen verzichtet wird und man statt Gegensätzen Gemeinsamkeiten betont.

Vorgestellte Aufsätze

Chesterman, Simon, Walking Softly in Afghanistan: The Future of UN State-building, in: Survival, 44 (Herbst 2002) 3, S. 37–46

Dumez, Hervé/Jeunemaître, Alain, Une Europe de la défense? Politique, marché, régulations et relations transatlantiques, in: Politique européenne, (Herbst 2002) 8, S. 46–61

Everts, Philip/Sinnott, Richard, Opinion publique, défense européenne et intervention militaire, in: La revue internationale et stratégique, (Winter 2002–2003) 48, S. 147–158

Garapon, Antoine, Désaccords euro-atlantiques à propos de la justice internationale et de la lutte contre le terrorisme, in: Esprit, (August–September 2002) 287, S. 195–207

Gray, Colin S., European Perspective on U.S. Ballistic Missile Defense, in: Comparative Strategy, 21 (Winter 2002) 4, S. 279–310

Haglund, David G., Quelles frontières »naturelles« pour l'OTAN?, in: La revue internationale et stratégique, (Herbst 2002) 47, S. 37–45

Hassner, Pierre, L'action préventive est-elle une stratégie adaptée? Les contradictions de l'empire américain (Entretien), in: Esprit, (August–September 2002) 287, S. 72–86

Howorth, Jolyon, The CESDP and the Forging of a European Security Culture, in: Politique européenne, (Herbst 2002) 8, S. 88–108

Kagan, Robert/Bertram, Christoph/ Heisbourg, François, One Year After: A Grand Strategy for the West, in: Survival, 44 (Winter 2002–2003) 4, S. 135–156

Lindley-French, Julian, In the Shade of Locarno, in: International Affairs, 78 (Oktober 2002) 4, S. 789–812

Litwak, Robert S., The New Calculus of Pre-emption, in: Survival, 44 (Winter 2002–2003) 4, S. 53–80

Menon, Anand, Playing with Fire: The EU's Defence Policy, in: Politique européenne, (Herbst 2002) 8, S. 32–45

Winer, Jonathan M./Roule, Trifin J., Fighting Terrorist Finance, in: Survival, 44 (Herbst 2002) 3, S. 87–104

Youngs, Richard, The European Security and Defense Policy: What Impact on the EU's Approach to Security Challenges?, in: European Security, 11 (Sommer 2002) 2, S. 101–124

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2003
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org